

So ändert das Land seine Wolfspolitik

ANALYSE Wie Umweltminister Christian Meyer (Grüne) zaghaft von seinem Amtsvorgänger Lies abbrückt

VON STEFAN IDEL,
BÜRO HANNOVER

HANNOVER – Niedersachsen ist das Bundesland mit der zweithöchsten Zahl an Wolfsrudeln. Landesweit wurden 34 Rudel gezählt, wie das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mitteilt. Zusätzlich wurden zehn Wolfs- paare und fünf sesshafte Einzelwölfe nachgewiesen. Nach Angaben der Landesjägerschaft gibt es inzwischen aber schon 44 Rudel und fünf Einzelwölfe in Niedersachsen.

Gleichwohl betont Niedersachsens neuer Umweltminister Christian Meyer (Grüne), dass die Zahl der Nutztierrisse zurückgehe. Setzt er sich damit zaghaft von der Politik seines Amtsvorgängers Olaf Lies (SPD) ab, wie politische Beobachter in Hannover vermuten? Für Diskussionen sorgte das Vorgehen des grünen Ministers im Fall des Friedeburger Rudels in Ostfriesland. Ein Wolf aus dem Rudel, dem insgesamt sieben gerissene Rinder zugeschrieben werden, darf jetzt doch nicht abgeschossen werden. Denn der zuständige Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWK) hat seine Beschwerde gegen ein entsprechendes Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) Oldenburg zurückgezogen.

Warum verzichtet das Land auf die Berufung vorm Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg ?

Die EU-Kommission hat ein



„Population nicht gefährdet“: Umweltminister Meyer will einen neuen Dialog in Sachen Wolf anstoßen. BILD: DPA-ARCHIV

Pilotverfahren wegen der – insbesondere in Niedersachsen – umstrittenen Wolfsabschüsse gegen Deutschland eingeleitet. Das VG Oldenburg hat vor allem europarechtliche Zweifel an der konkreten Abschussgenehmigung geäußert. Die Rücknahme der Beschwerde sei erfolgt, weil es unterschiedliche juristische Sichtweisen zur Auslegung des EU-Rechts gab, sagt das Umweltministerium. „Die Entscheidung zum Verzicht auf Berufung in diesem speziellen Fall bedeutet aber nicht, dass es keine Abschussgenehmigungen von sogenannten Problemwölfen mehr geben wird und dass wir im Zweifel diese auch gerichtlich durchsetzen“, so ein Ministeriumssprecher. Der Minister stehe grundsätzlich zur Entnahme von Problemwölfen, wenn die Voraussetzungen vorlägen und dies rechtskonform sei. Niedersachsen wolle an einem Konzept der Bundesregierung für ein europarechtskonformes und regional differenzier-

tes Bestandsmanagement intensiv mitarbeiten.

Wie wird die von Niedersachsen beauftragte Populationsstudie zum Wolf bewertet ?

Die Studie bewerte modellhaft, wie viele Wölfe von der Lebensraumgröße maximal in Niedersachsen leben können. Das wären unter günstigsten Bedingungen theoretisch maximal 1200 Wölfe. Fakt bleibe: Einen günstigen Erhaltungszustand könnten nur der Bund und die EU feststellen – und nicht ein Bundesland im Alleingang, so das Ministerium.

Wie will das Umweltministerium jetzt weiter vorgehen ?

Das Umweltministerium kündigt einen „offenen, transparenten und am Ende vor allem zielführenden Dialog zum



Niedersachsens Umwelt- und Klimaschutzminister Christian Meyer (Grüne)

DPA-BILD: FRANKENBERG

Wolfsmanagement, zum Herdenschutz und zur Weidetierhaltung“ an. Diesen werde man mit allen interessierten Verbänden in einem institutionalisierten Dialog sachorientiert führen, also auch mit den Weidetierhaltern. Meyer weist zugleich auf den erheblichen Rückgang der Nutztierrisse in Niedersachsen in den vergangenen vier Jahren um mehr als 30 Prozent hin – und das bei steigender Wolfspopulation.

Wie reagieren die Kritiker der rot-grünen Wolfspolitik ?

Schärfster Kritiker der Wolfspolitik Meyers ist der CDU-Landtagsabgeordnete Frank Schmädeke aus Heemsen (Kreis Nienburg/Weser). Die Entscheidung, keine Beschwerde gegen das Oldenburger Urteil einzulegen, zeige, welch geringen Stellenwert die Weidetierhalter in der rot-grünen Landesregierung hätten.

Noch in der vergangenen Legislaturperiode haben SPD und CDU dafür gesorgt, dass der Wolf ins Jagdgesetz aufgenommen wurde. Die Grünen setzen auf besseren Herdenschutz, etwa durch höhere Zäune und eigens geschulte Teams bei Rissereignissen. Schmädeke hält das für realitätsfern. Allein um die Hälfte der Rinderherden im Kreis Nienburg zu schützen, wären nach seiner Berechnung 1000 Kilometer Zaun erforderlich. Für Wanderschäfer wäre das Aufstellen von Zäunen eine nahezu „unmenschliche Belastung“. Denn um diese fachgerecht aufzustellen, müssten erst regelrechte Schneisen in die Landschaft geschlagen werden, damit der Wolf nicht unterm Zaun durchschlüpfen kann. Mancherorts glichen die hohen Zäune dem Ausgangstrakt eines Hochsicherheitsgefängnisses.

Wie beurteilt das Ministerium den Vorwurf, es gebe eine „Rolle rückwärts“ in der Wolfspolitik ?

Es gebe keine einfachen Lösungen beim Thema Weidetierhaltung und Wolf, sagt ein Ministeriumssprecher. Populismus und Frontbildungen seien fehl am Platz. Darum setze die neue rot-grüne Regierung auf einen neuen Dialog. Minister Meyer: „Was mich sehr freut: Sowohl von Landwirtschafts- wie Umweltsseite gibt es positive Signale und Bereitschaft zum Dialog, den wir unbelastet führen wollen.“